



Herbert Steinböck

Maßregelvollzug in den Zeiten der Corona-Pandemie

Die Pandemie mit dem neuen Coronavirus SARS-CoV-2, die im Februar 2020 auch Deutschland erreicht hat, hat nicht nur schwere Einschnitte für die somatische Medizin und das gesellschaftliche Leben mit sich gebracht, sondern zeigt auch erhebliche Auswirkungen auf die Unterbringungsbedingungen im Maßregelvollzug. Diese werden in dem Beitrag exemplarisch dargestellt und vor dem Hintergrund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, den es auch für alle Maßnahmen des Infektionsschutzes zu wahren gilt, diskutiert.

Schlüsselwörter: Coronavirus-Pandemie, Justiz, psychiatrische Klinik, Maßregelvollzug, Verhältnismäßigkeit

Forensic Psychiatry during the Coronavirus Pandemic

The coronavirus pandemic spread to Germany in February 2020 and brought in its wake a heavy burden on general healthcare and social life. It also shows significant effects on confinement conditions in forensic psychiatric hospitals. The author provides examples for pandemic-related restrictions and discusses these referring to the principle of proportionality and its relevance for all measures of virus containment.

Keywords: coronavirus pandemic, justice, psychiatric hospital, forensic psychiatry, principle of proportionality

in: Recht & Psychiatrie 2020, 131 – 134



Maximilian Gahr, Manfred Spitzer

Probleme einer psychiatrischen Versorgung ohne Zwang: Krankenhaus oder Gefängnis?

In diesem Beitrag werden Probleme eines psychiatrischen Versorgungskonzepts diskutiert, das gänzlich auf die Anwendung von Zwang verzichtet (wie beschrieben von ZINKLER und VON PETER in R & P 2019, 37: 203 – 209). Abgesehen von den erheblichen organisatorischen, personellen und ökonomischen Problemen, die bei der Implementierung eines derartigen Versorgungskonzepts gelöst werden müssten, sind wir insbesondere durch die in diesem Versorgungskonzept implizite Fortdauer des Polizeigewahrsams bei Personen besorgt, die eine psychiatrische/psychosoziale Versorgung ablehnen, jedoch eine akute psychische Störung aufweisen, die mit erheblichem und fortdauerndem gewalttätigem Verhalten mit Eigen- und/oder Fremdgefährdung assoziiert ist. Aus unserer Sicht ist es ethisch fragwürdig, Personen mit psychischen Störungen und spezifischen Gefährdungsmerkmalen eine potenziell erfolgreiche Behandlung kategorisch vorzuenthalten und stattdessen eine möglicherweise länger dauernde polizeiliche freiheitsentziehende Maßnahme zu akzeptieren, nur weil diese die Behandlung ablehnen. Zahlreiche zentrale Fragen im Zusammenhang der Versorgung von Personen mit psychischen Störungen bleiben in einem derartigen psychiatrischen Versorgungskonzept ungeklärt.

Schlüsselwörter: Ablehnung der Behandlung, Ethik, ohne Zwang, Polizeigewahrsam, psychische Störungen

Problems of mental health care without coercion: hospital or prison?

*The paper discusses problems associated with a concept of mental health care completely waiving the use of coercive measures (as described by ZINKLER and VON PETER in *Recht und Psychiatrie* 2019; 37 [4]: 203 – 209). Apart from considerable organizational, human resources related and economic problems which would have to be solved while implementing such a concept, we are particularly concerned by the concept-inherent continuation of police custody for persons who refuse psychiatric/psychosocial care, however present with an acute mental disorder associated with significant and persisting violent behaviour at risk for themselves and/or others. From our perspective, it is ethically questionable to categorically withhold potentially successful treatment from persons with mental disorders and specific features of risk and thereby accept potentially longer lasting measures in police custody just because they refuse such a treatment. Numerous central questions regarding the care of persons with mental disorders remain unanswered in such a concept of mental health care.*

Keywords: mental disorders, treatment refusal, ethics, non-coercive, police custody

in: *Recht & Psychiatrie* 2020, 135 – 137



Axel Dessecker

Rituelle Gewalt: Forschung und ihre Grenzen

Der Beitrag untersucht, wie sich Berichte über »rituelle Gewalt« und ihre Veröffentlichungsformen in allgemeinere Diskurse über Gewalt und Kriminalität einordnen lassen. Obwohl in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum eine Anzahl von Publikationen zu diesem Stichwort erschienen ist, sind Schilderungen entsprechender Vorfälle bisher kaum Gegenstand kriminologischer oder sonstiger sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Es wird dafür plädiert, solche Darstellungen zur Kenntnis zu nehmen und in den Rahmen kriminologischer Gewaltforschung einzubeziehen.

Schlüsselwörter: rituelle Gewalt, Kriminologie, soziale Probleme

Ritual Abuse: Science and its Limits

The paper examines how accounts on ›ritual abuse‹ and their presentation in the media can be related to broader discourses on violence and crime. Although there have been some reports in the German-speaking literature in recent years, they have scarcely been an object of research in criminology or the social sciences in general. The author supports the position not to ignore these reports but to include them into the frame of criminological research on violence.

Keywords: ritual abuse, criminology, social problems

in: Recht & Psychiatrie 2020, 138 – 143



Janine Schröder, Adelheid Bezzel

Weisungen - Wem wird welche Weisung erteilt? Kriminologische und klinische Faktoren der Weisungsvergabe bei bedingter Entlassung aus dem bayerischen Maßregelvollzug

Ziel der Studie: Sondierung von kriminologischen sowie klinischen Faktoren, die als Prädiktoren für die Vergabe von gerichtlichen Weisungen nach der Entlassung von Patienten aus der stationären Unterbringung im Maßregelvollzug Bayerns fungieren können.

Methodik: Die Auswertung von 2.313 aus dem bayerischen Maßregelvollzug (MRV) entlassenen Patienten erfolgte durch das Institut für Qualitätsmanagement des Maßregelvollzugs Bayern (IfQM).

Ergebnisse: Entscheidend für die Erteilung verschiedener Weisungen sind sowohl die Haupt- und Nebendiagnosen als auch Charakteristika der Indexdelikte. Darüber hinaus lassen sich signifikante Unterschiede innerhalb der unterschiedlichen Regierungsbezirke Bayerns erkennen.

Schlüsselwörter: bedingte Entlassung, forensische Ambulanz, forensische Nachsorge, Führungsaufsicht, gerichtliche Weisungen, Legalbewährung

Court orders on conditional discharge from psychiatric hospitals in Bavaria (Germany) – Criminological and clinical factors

Objective: Exploration of criminological and clinical factors predicting court orders after conditional release from forensic psychiatric institutions in Bavaria.

Methods: Data from nearly all patients (n = 2313) released from Bavarian forensic hospitals between 2010 and 2017 were evaluated.

Results: Decisive factors predicting the application of court orders were diagnostic attributions and offence characteristics. Court orders concerning residential aftercare in specialized institutions were primarily applied to mentally ill patients with addictive or affective disorders and sexual or traffic offences. Moreover, they were applied to addicted patients with violent offences. Court orders regarding the abstinence of alcohol and drugs were mainly assigned to patients with drug abuse and violent and fraud offences. Furthermore, the use of specific court orders differed significantly between the seven administrative districts of Bavaria.

Keywords: conditional release, forensic outpatient treatment, forensic aftercare, supervision of conduct, court orders, legal probation

in: Recht & Psychiatrie 2020, 144 – 149



Hans-Joachim Traub

Werden Täter mit pädosexuellen Delikten psychisch gesünder?

Für den Maßregelvollzug gemäß § 63 StGB stellen die Patienten mit pädosexuellen Delikten eine besondere Herausforderung dar. In der Öffentlichkeit wird eine unverändert hohe Anzahl an entsprechenden Delikten wahrgenommen. Die Anzahl der Neuankommlinge dieser Patienten in den § 63 StGB geht in Baden-Württemberg hingegen seit über zwanzig Jahren zurück. Verläuft diese regionale Entwicklung ähnlich in anderen Bundesländern? Werden Patienten mit pädosexuellen Delikten möglicherweise in den Strafvollzug »begutachtet«?

Für einen Überblick zur Datenlage in Deutschland werden alle juristischen Neuankommlinge in den § 63 StGB wegen pädosexueller Delikte von 1995 – 2015 untersucht. Datengrundlage sind die Standardisierten Off-Site-Files der Strafverfolgungsstatistik (EVAS 24311) des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter. Es wird der Stand der Jahre 2010 – 2015 für Deutschland (n = 290) beschrieben sowie die Entwicklung von 1995 – 2015 (n = 1.169) für die alten Bundesländer. Zum Vergleich mit dem Strafvollzug werden alle erheblichen pädosexuellen Delikte ab einer Verurteilung zu zwei Jahren Haft einschließlich anderen Maßregeln (n = 3.006 bzw. n = 9.549) herangezogen. Es erfolgte eine deskriptive Auswertung und für die Gruppenvergleiche eine Umrechnung in Prozentangaben. Die längerfristige Entwicklung wird über lineare bzw. polynome Annäherungsfunktionen beschrieben.

Die Anzahl der juristisch abgeurteilten erheblichen pädosexuellen Delikte insgesamt hat sich nach einem Maximum um das Jahr 2005 im Vergleich zum Stand von 1995 verringert. Der relative Anteil der Neuankommlinge in den § 63 StGB geht dabei kontinuierlich um etwa die Hälfte zurück. Die Inzidenzraten der einzelnen Bundesländer folgen diesem Trend. Die Veränderung der Fallmerkmale deutet darauf hin, dass dabei die Anordnung des § 63 StGB für diese Delinquenten zunehmend zielgerichteter und spezifischer verläuft. Trotz der abnehmenden Fallzahlen kann tatsächlich von einer Verschiebung der Patienten mit pädosexuellen Delikten in den Strafvollzug ausgegangen werden. Dieser Trend scheint aber deutlich von einem regionalen, gutachterlich-juristischen Stil je nach Bundesland moderiert werden zu können.

Schlüsselwörter: Maßregelvollzug, Langzeitanalyse, Neuankommlinge, Missbrauch von Minderjährigen, Strafvollzug

Do perpetrators with paedosexual offences become psychologically healthier?

Patients with paedosexual offences represent a particular challenge for the enforcement of measures according to § 63 StGB (German Criminal Code). When § 63 is applied, an offender will be sent to a forensic psychiatric hospital instead of prison. In the public perception, the number of such offences remains high. However, the number of such patients being reassigned to § 63 StGB has been decreasing in the federal state of Baden-Württemberg for more than 20 years. Is this regional development similar in other German states? Are patients with paedosexual offences possibly »assessed« towards the penal system?

For an overview of the data situation in Germany, all new legal orders according to § 63 StGB (German Criminal Code) for paedosexual offences from 1995 – 2015 are examined. The data basis is formed by the standardised off-site files of the criminal prosecution statistics (EVAS 24311) provided by the Research Data Centre of the State Statistical Offices. The status of the years 2010 – 2015 for Germany (n = 290) and the development from 1995 – 2015 (n = 1,169) for the old federal states are described. For comparison with the prison system, all significant paedosexual offences from a sentence of 2 years and longer imprisonment or other measures (n = 3,006 or n = 9,549) are used. A descriptive evaluation was carried out and a conversion to percentages was made for the group comparisons. The longer-term development is described



using linear or polynomial approximation functions.

The number of legally convicted serious paedosexual offences as a whole has decreased after a maximum in the year 2005 compared to the 1995 level. The relative proportion of new orders according to § 63 StGB has declined continuously by about 50 %. The incidence rates in individual federal states follow this trend. The change in the case characteristics indicates that the order of § 63 StGB for these delinquents is increasingly targeted and specific. Despite the declining case numbers it appears that patients with paedosexual offences are shifted towards the prison system. However, this trend seems to be moderated by a regional legal expert style varying between the federal states.

Keywords: forensic inpatients, long-term analysis, abuse of minors, Germany, prison

in: Recht & Psychiatrie 2020, 150 – 156